

Ethikerin: Suizidbeihilfe-Votum "bestmögliche deutsche Lösung"

IMABE-Geschäftsführerin Kummer: Stärkung für alle Länder mit strenger Regelung, nun weniger Druck für alte und kranke Menschen für ein "sozial verträgliches Frühableben" - Nun zusätzliche Mittel zum Ausbau der Palliativversorgung nötig

Wien, 06.11.2015 (KAP) Das klare Votum des Deutschen Bundestags für ein Verbot gewerbsmäßiger Suizidbeihilfe ist in den Augen der Wiener Bioethikerin Susanne Kummer die "bestmögliche Lösung für Deutschland": "Deutschland ist nach Großbritannien nun das zweite wichtige Land in Europa, das die Beihilfe zur Selbsttötung als Dienstleistung klar verbietet. Dies bestärkt alle Länder, in denen Suizidbeihilfe rechtlich restriktiv gehandhabt wird", erklärte die Geschäftsführerin des unter Patronanz der Bischofskonferenz stehenden Instituts für Medizinische Anthropologie und Bioethik (IMABE) am Freitag gegenüber "Kathpress".

Ein "Wermutstropfen" ist für die IMABE-Geschäftsführerin, dass sich der Bundestag in Berlin nicht zur österreichischen Regelung durchringen konnte, wo jegliche Suizidbeihilfe unter Strafe steht. Zurück gehe dies auf eine andere Rechtstradition: Als in Deutschland Mitte des 19. Jahrhunderts die Strafbarkeit von Suizid aufgehoben wurde, galt dies in Folge auch für die Beihilfe. Österreichs Gesetz sieht in der Beihilfe seit jeher eine zur "Tötung", womit es hier laut Kummer gegenüber seinem Nachbarn weiterhin "besser gestellt" sei; der Alpenrepublik bleibe damit auch die nun von Deutschland gewählte Formulierung, wonach Angehörige straffrei bleiben, erspart, denn: Gerade sie könnten durch das Nahverhältnis auch unter Druck geraten, Todeswünsche von Familienangehörigen zu erfüllen.

Äußerst positiv ist nach Ansicht der Ethikerin das gesellschaftliche Signal der Neuregelung: Ihr sei es gelungen, den Druck auf ein "sozial verträgliches Frühableben" für alte und kranke Menschen wesentlich zu entschärfen. Kranke Menschen in Not seien schließlich "besonders vulnerable Personen", die "nicht Sterbehilfe im Sinne von Tötung als Dienstleistung, sondern Hilfe zum Leben", betonte Kummer. Als weiteren Verdienst der deutschen Debatte im Vorfeld sehe sie, dass ähnlich wie in Österreich das Sterben "aus der Tabuzone geholt" worden sei.

Besonders lobend äußerte sich Kummer über das bereits am Donnerstag vom Bundestag in Berlin geäußerte Bekenntnis zum Ausbau der Palliativmedizin. Genauso wie in Österreich gelte auch hier: "Nimmt die Politik die Stärkung der Palliative Care und der Behandlungskompetenz der Ärzte wirklich ernst, so muss sie dafür auch Geld in die Hand nehmen." Behandlungsverzicht im Fall einer aussichtslosen, nicht zielführenden Therapie sei ein medizinisches und sogar ethisches Gebot, denn "nicht das Sterben Lassen, sondern der therapeutische Übereifer ist heute vielfach das Problem."